

Vordruck 1 -Zuweisung Verwaltungsstation Name, Anschrift

AZ: II

An den
Präsidenten des
Brandenburgischen Oberlandesgerichts
-Referendarabteilung
14767 Brandenburg an der Havel

Juristischer Vorbereitungsdienst
Ausbildung in der Verwaltungsstation

Im Rahmen der Ausbildung bei einer Verwaltungsbehörde (§ 21 Abs. 1 Nr. 3 BbgJAO) beantrage ich die Zuweisung zu der im Folgenden genannten Ausbildungsstelle:

(genaue Bezeichnung und Anschrift der Ausbildungsstelle)

- Die schriftliche Bestätigung der Ausbildungsstelle
- ist beigefügt. wird umgehend nachgereicht.

Falls ein Stationsentgelt gezahlt wird: Der mit dem Ausbilder/der Ausbilderin geschlossene Arbeitsvertrag

- ist beigefügt. wird umgehend nachgereicht.

(Ort) (Datum)

(Unterschrift)

Freistellungs- und Einverständniserklärung

(Name und Anschrift der Ausbildungsstelle)

Ich/Wir bilde/n Herrn/Frau Rechtsreferendar/in _____

in der Rechtsanwaltsstation in der Wahlstation in der Verwaltungsstation

vom _____ bis zum _____ aus.

Bei Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten:

Ich erkläre hiermit, dass ich seit mindestens zwei Jahren

(Erstzulassungsdatum: _____) als Rechtsanwalt/Rechtsanwältin zugelassen bin.

Von dem Ausbildungsplan habe ich Kenntnis genommen, insbesondere von dem Mindestkatalog der anzufertigenden Stationsarbeiten. Der Ausbildungsplan kann im Internet eingesehen (www.olg.brandenburg.de) oder von dem Referat für Referendangelegenheiten per E-Mail oder Briefpost bezogen werden.

Zusatzentgelt:

Der/Die Rechtsreferendar/in erhält kein Stationsentgelt.

Der/Die Rechtsreferendar/in erhält ein Stationsentgelt in Höhe von _____/Monat

Das anliegende Merkblatt zur sozialversicherungsrechtlichen Behandlung von Zusatzvergütungen an Rechtsreferendare durch private Ausbilder habe/n ich/wir zur Kenntnis genommen.

Vor dem dort erläuterten Hintergrund gebe ich (bei Anwaltssozietät: im Namen aller Partner der o.a. Anwaltssozietät/bei Unternehmen: im Namen des Trägers der o.a. Ausbildungsstelle) verbindlich die nachfolgende Erklärung ab:

Sollte von mir/uns an den/die Referendar/in ein Stationsentgelt oder sonstige geldwerte Zuwendungen gezahlt werden, werde/n ich/wir, soweit dieses Entgelt bzw. diese sonstigen geldwerten Zuwendungen der Sozialversicherung unterliegt/unterliegen, Beiträge zur Sozialversicherung abführen. Für den Fall der Zahlung eines Stationsentgelts oder sonstiger geldwerter Zuwendungen stelle ich/stellen wir das Land Brandenburg im Innenverhältnis von einer Inanspruchnahme durch Sozialversicherungsträger frei, soweit Beiträge für dieses Stationsentgelt und/oder die sonstigen geldwerten Zuwendungen erhoben werden.

(Ort, Datum)
Firmenstempel)

(Unterschrift des Ausbilders nebst Kanzlei- bzw.